

Anlage 4

Datum: 15.01.2025
Telefon: 0 233-
Telefax: 0 233-

@muenchen.de

Gesundheitsreferat
SG Koordination für Psychiatrie
und Suchthilfe
GSR-GVO31

Hilfen statt Vertreibung und Kriminalisierung VI – Studie zur Auswirkung der Verdrängung
Antrag Nr. 20-26 / A 05076 von der Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion München
vom 19.08.2024 – Textbeitrag des GSR

An S-III-WP/S2,

Für die Beschlussvorlage zu o.g. Stadtratsantrag schlagen wir folgenden Textbeitrag vor:

„Ein großer Teil der drogenabhängigen Menschen, die sich im Hauptbahnhofviertel aufhalten, befinden sich in schwerwiegenden gesundheitlichen und sozialen Problemlagen. Gleichzeitig stehen viele davon Hilfsangeboten misstrauisch gegenüber oder empfinden Scham für ihre Lebenssituation, was sie davon abhält, Einrichtungen der Suchthilfe zu nutzen. Diese Menschen werden durch Streetwork erreicht. Durch eine Haltung, die den Drogenkonsum und seine Auswirkungen als Teil der Lebensrealität suchtkranker Menschen akzeptiert und nur minimale Bedingungen für die Inanspruchnahme von Hilfe stellt, schafft Streetwork Vertrauen, das die Grundlage für Beratung und Hilfe darstellt. Das regelmäßige und verlässliche Aufsuchen der Menschen an den Orten, an denen sie ihren Alltag verbringen, ist dabei von wesentlicher Bedeutung. Streetwork nimmt Kontakt zu den Menschen an ihren Treffpunkten auf, um bei akuten Problemlagen zu helfen und sie in weiterführende Fach- und Behandlungseinrichtungen zu vermitteln. Dabei versucht Streetwork auch auf ein sozial angepasstes Verhalten der Personen hinzuwirken.

Darüber hinaus unterstützt das Gesundheitsreferat drogenabhängige Menschen im öffentlichen Raum durch die Förderung von Kontaktläden und die Ausgabe von safer-use-Materialien. Kontaktläden bieten Tagesaufenthalt, günstiges Essen, soziale Kontakte und existenzsichernde Angebote. Die Ausgabe von safer-use-Materialien dient der Infektionsprophylaxe, um z.B. HIV- und Hepatitisinfektionen durch das Teilen von Spritzen etc. zu vermeiden.

Um diesen Aufgaben nachzukommen, ist ein regelmäßiger Kontakt und der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses der sozial Arbeitenden zu den drogenabhängigen Personen erforderlich.

Die sicherheits- und ordnungsrechtlichen Maßnahmen zur Reduktion bzw. Auflösung von Treffpunkten suchtkranker Personen haben in den letzten Jahren zu einer Verdrängung von drogenabhängigen und auch alkoholkonsumierenden Personen aus Bereichen rund um den Hauptbahnhof sowie auch an anderen Orten beigetragen. Für einzelne Bereiche wird eine Verstärkung der Maßnahmen wie etwa der Videoüberwachung diskutiert.

Die Maßnahmen haben Auswirkungen auf die Betroffenen, die Bevölkerung und soziale Hilfsangebote. Für die Betroffenen bedeutet sie Destabilisierung von sozialen Kontakten und der Unterstützung, die die Gruppenmitglieder sich untereinander zukommen lassen. Zudem wird der Zugang zu Hilfsmöglichkeiten erschwert, die sich in der Umgebung der Treffpunkte

befinden. Für die Bevölkerung entsteht eine Entlastung im Innenstadtbereich mit dem Risiko, dass die Gruppen in Wohnviertel ausweichen, wo ihre Anwesenheit ebenfalls das subjektive Sicherheitsempfinden der Anwohnenden beeinträchtigen kann:

Die Arbeit von Streetwork und anderen Hilfsangeboten kann erschwert werden. Einerseits müssen mehr Ressourcen aufgebracht werden, um die verteilten Treffpunkte aufzusuchen. Andererseits fühlen sich drogenabhängige Menschen zunehmend unerwünscht. Diese Empfindungen erschweren es Streetwork und anderen sozialen Diensten, das Vertrauen der Klientel zu gewinnen und auf ihr soziales Verhalten sowie ihre individuelle Perspektive positiven Einfluss zu nehmen.

Das Spannungsfeld zwischen erforderlichen sicherheits- und ordnungsrechtlichen Maßnahmen sowie der Fürsorge für suchtkranke und wohnungs- bzw. obdachlose Bürger*innen ist mehrfach beschrieben worden. Bisherige Studien haben sich darauf fokussiert, ob die Maßnahmen ihre originäre Zielsetzung erreichen, so etwa die „Studie zur Wirksamkeit und zu den sozialen Auswirkungen des Alkoholkonsum- und -mitführverbots“, die die aktuelle Situation im Bahnhofsviertel beleuchtete. Zu diesen Aspekten sieht auch das GSR aktuell keinen Forschungsbedarf.

Noch nicht beforscht wurden die konkreten Auswirkungen der Verdrängung auf die einzelnen betroffenen Personen bzw. die entsprechenden Gruppen. Wie verändern die Maßnahmen ihre Lebenssituation und Gesundheit, ihr Hilfesuchverhalten und ihre soziale Einbindung? Zur Beantwortung wären insbesondere Interviews mit den genannten Personen selbst erforderlich. Entsprechende Forschungsergebnisse könnten insbesondere in der Planung und Ausgestaltung sozialer und gesundheitlicher Maßnahmen für die genannten Gruppen berücksichtigt werden. Gleichzeitig ist die Durchführung einer solchen Studie unter den aktuellen Bedingungen im öffentlichen Raum der Innenstadt kaum durchführbar. Zudem stehen die erforderlichen Ressourcen weder finanziell noch personell - auch unter Berücksichtigung dringlicherer Aufgaben - nicht zur Verfügung. Das GSR empfiehlt daher, den Vorschlag zu einem späteren Zeitpunkt unter günstigeren Rahmenbedingungen erneut zu prüfen.“